

Ressort: Lokales

Atommüll: Weil begrüßt Änderungen durch Standortauswahlgesetz

Hannover, 05.07.2013, 10:31 Uhr

GDN - Der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) hat die Änderungen durch das Standortauswahlgesetz begrüßt: Das Gesetz regelt die Suche nach einer Lagerstätte für radioaktiven Müll neu. Man bekomme jetzt "ein anderes und besseres Gesetz", sagte Weil dem Sender Phoenix.

Das Land Niedersachsen habe in der Vergangenheit 300 Millionen Euro allein für die Sicherheit aufgewandt. "Und vor diesem Hintergrund bitte ich um Verständnis, wenn ich sage: Jetzt sind die anderen dran. In den letzten 30 Jahren hat der Nutzen der Atomkraft in hohem Maße auch in Süddeutschland stattgefunden, und der Atommüll ist fast ausschließlich in Niedersachsen deponiert worden. Dass wir an dieser Stelle zu ein wenig mehr Gleichgewicht kommen, kann man glaube ich auch Menschen südlich des Mains gut vermitteln."

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-17168/atommuell-weil-begruesst-aenderungen-durch-standortauswahlgesetz.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com